

Warnungen vor Billiglösung des Landes zur Deponie-Sicherung

Grüne und Umweltamt Minden verlangen Wasserhaltung

Hannover/Minden/Münchehagen (re). Seit der Entscheidung der SPD-Landesregierung, die Giftdeponie Münchehagen nur mit Oberflächenabdeckung und seitlicher Umschließung einer Langzeitsicherung zuzuführen, kommt Bewegung in den politischen Raum. Dazu tragen besonders die Analyse-Ergebnisse des Staatlichen Umweltamts (StUA) Minden bei, das einen Anstieg von durchschnittlichen Dioxinbelastungen, vor allem aber eine Erhöhung des Seveso-Dioxin-Austritts über das Oberflächenwasser in die Ils belegt (DIE HARKE berichtete).

Die Grünen im niedersächsischen Landtag vertreten die Auffassung, daß mit den jüngsten Dioxin-Messungen „alle Versuche der Landesregierung gescheitert sind, die Gefahren herunterzuspielen“.

Dioxin-Austritte seien dauerhaft nur dann zu vermeiden, wenn alle Teile der Sicherungsmaßnahmen – insbesondere die der hydraulischen Wasserhaltung – umgesetzt würden. Diese wolle die Landesregierung „bei ihrem Billigpaket einsparen“, kritisiert der umweltpolitische

Sprecher, Christian Schwarzenholz. Er kündigt an, das Thema erneut in den Landtag einzubringen.

Der Stadtrat Petershagen hat eindeutig auf das „Diktat aus Hannover“ bezüglich der verordneten Mini-Sicherung reagiert: In seiner jüngsten Sitzung beschloß der Rat, den Beschluß nicht zu akzeptieren. Petershagen besteht auf den im Oktober 1996 vereinbarten Sicherungsschritten, will den Konsens aller regional Beteiligten stärken und sich alle rechtlichen Optionen offenhalten.

Das StUA Minden betrachtet den gegenüber anderen Dioxin-Ketten erhöhten Austrag des Ultra-Giftes, Seveso-Dioxin, als mittelfristig kritisch und nicht zu vernachlässigen.

Die Sandfilter würden nur 50 Prozent dieses Dioxins zurückhalten. Ohne hydraulische Wasserhaltung müsse irgendwann schnell und mit hohen Kosten nachgerüstet werden.

Die jetzt vorgesehenen Sicherungsvorhaben sollten so rasch es geht umgesetzt werden, hieß es jetzt unter anderem auch von Seiten der zuständigen Fachbehörde.

28.6.97